



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/217

18. September 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Dr. Schumacher: Kein absoluter Pazifismus	S. 1
Das Kommuniqué von Stuttgart	S. 2b
Entschliessung von Stuttgart	S. 2c
Fortschritte in der österreichischen Flüchtlingsfrage	S. 3
CDU-Arbeiter gegen CDU-Regierung	S. 4

Stuttgarter Nachlese

(sp.) Der kleine Parteitag der SPD am Wochenende hat die Grundsätze der Politik des Vorstandes in der Frage der deutschen Sicherheit voll bestätigt. Das war keinen Augenblick zweifelhaft. Trotzdem kommt dieser Sanktionierung für die weitere Entwicklung grosse Bedeutung zu. Das, was die Partei in dieser für ganz Deutschland lebenswichtigen Frage zu sagen hat, erhielt den äussersten Nachdruck. Das wird auch die Regierung beachten müssen, die weiss, wie gefährlich es wäre, in einer so bedeutsamen Angelegenheit ausschliesslich nach eigenem Ermessen zu verfahren. Die Entwicklung der letzten Wochen hat ja auch eine gewisse Bereitschaft des Bundeskanzlers erkennen lassen, sich überzeugenden Argumenten der Opposition nicht zu versagen. Leider war diese Bereitschaft nur sehr kurzfristig. So wird man sich eben nachdrücklichst in Erinnerung bringen müssen.

Das Kommuniqué der gemeinsamen Tagung umreisst sehr prägnant den Standpunkt der SPD. Die in ihm festgelegten Thesen hat Dr. Schumacher in seiner Rede vor den versammelten Körperschaften eingehend begründet und erläutert. Einige Sätze und Formulierungen daraus seien hier wiedergegeben:

"Der Pazifismus als ethisches Bekenntnis ist respektabel. Aber er darf niemals dazu dienen, die Politik der Leute zu betreiben, die vom Pazifismus am allerwenigsten halten. Je unentschlossener wir uns benehmen, um so grösser ist der Gefahrensog."

Im Zusammenhang mit den in letzter Zeit verstärkt aufgetauchten Vermutungen über alliierte Bemühungen, in irgendeiner Form eine ständige festere Zusammenarbeit von Regierung und Opposition zu erreichen, sprach Schumacher von einer "Politik missverstandener nationaler Konzentration". Damit solle offenbar die Sozialdemokratie die Verantwortung für politische Handlungen übernehmen, die mit ihren politischen Wesenselementen nicht übereinstimmen.

"Selbst in Tagen nationaler Bedrohung gibt es nur die Kongruenz von Macht und Verantwortung", erklärte Schumacher. Er fuhr fort: "Wenn die Position, die wir ausfüllen, von uns aufgegeben wird, dann drängen fremde, der Demokratie feindliche Kräfte auf die Ausfüllung des weissen Fleckes auf der politischen Landkarte - Kommunisten und Neofaschisten. Funktioniert die sozialdemokratische Opposition nicht mehr, dann könnte allzuleicht eine prorussisch-tendierende Opposition an ihre Stelle treten, ob sie nun diese Rolle bewusst oder unbewusst übernehme."

An anderer Stelle beklagte sich Schumacher darüber, dass die Alliierten offenbar immer noch nicht begriffen hätten, dass man bei den grossen Schicksalsfragen der Welt nicht permanent die Politik der kleinen und kleinsten Mittel anwenden könne. "Auch wir können uns durchaus eine Politik der weitgehenden, wenn auch nicht der absoluten sozialen Befriedung vorstellen, aber diese Politik ist nicht möglich auf der Grundlage der Privilegierung der Besitzenden, sondern nur bei der Durchsetzung der berechtigten Wünsche der unteren Schichten."

Dr. Schumacher warnte vor einer Diskussion, die sich im Militärpolitischen erschöpfe oder einer anderen Auffassung, die glaube, mit sozialen Formeln allein die Dinge meistern zu können. Er lehnte auch scharf eine Diskussion ab, die in der Politik des Sich-duckenwollens oder Sich-duckenkönnens eine Möglichkeit des Überlebens bei der bolschewistischen Aggression sieht. "Wir müssen uns peinlich vor einer Politik der Trostschnäpse hüten, vor einer Politik der Verschleierrung. Allein volle Klarheit und Nüchternheit ohne jede Vernebelung auch der unerfreulichsten Tatbestände ist das Richtige."

"Glaubt irgend jemand", so fragte Dr. Schumacher, "dass derjenige der beste Friedensfreund ist, der erklärt: Krieg gibt es nicht, weil

es ihn nicht geben darf? Auf dieser Grundlage dürfen wir nicht operieren. Wir haben das Maximum an Friedenswillen zu zeigen, aber nicht die Formel des absoluten Pazifismus zu prägen und zu leben. Damit ist nichts zu bewältigen."

Schumacher hat sich auch in Stuttgart wieder mit grosser Entschiedenheit gegen alle die gewandt, die die Torheit begehen, sich durch Alarmmeldungen ins Bozhorn jagen zu lassen. Die Erzeugung eines Angstkomplexes sei das Ziel einer oft sehr geschickt operierenden Propaganda, deren wesentliches Element das An-die-Wand-malen von Gefahren und die Vortäuschung nicht vorhandener Tatbestände sei. Ruhe und Besonnenheit, Nüchternheit und Klarheit in der Erkenntnis dessen, was ist und Entschlossenheit, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen - allein auf diese Weise kann man aus dem gegenwärtigen Engpass weltpolitischer Bedrohung, den man augenblicklich zu durchschreiten gezwungen ist, wieder heil herauskommen.

- - - - -

Das Kommuniquée von Stuttgart

sp. Stuttgart, 17.9.1950

Das über die zweitägige Sitzung des SPD-Parteivorstandes in Stuttgart herausgegebene Kommuniquée hat folgenden Wortlaut:

"Zum ersten Mal seit dem Hamburger Parteitag der SPD Ende Mai waren am 16. und 17. September in Stuttgart die leitenden sozialdemokratischen Körperschaften - Vorstand, Parteiausschuss, Kontrollkommission und sozialdemokratische Vertreter der Länderregierungen - zu einer gemeinsamen Tagung versammelt.

Im Mittelpunkt stand ein zweistündiges Referat des Vorsitzenden Dr. Schumacher über das Problem der deutschen und europäischen Sicherheit. Die Diskussion, an der sich u.a. Erwin Schoettle, Wilhelm Kaisen, Otto Suhr, Carlo Schmid, Fritz Hensler, Wenzel Jaksch, Herbert Wehner, Victor Renner, Max Kukil, Anton Fytlik, Karl Neitmann und Guenter Markscheffel beteiligten, ergab vorbehaltlose und einhellige Übereinstimmung in der Bewertung der gegenwärtigen Situation. Die wichtigsten Grundthesen aus dem Referat Dr. Schumacher waren die folgenden:

1. Ablehnung aller Militarisierungspläne in der heutigen Situation, gleichgültig ob sie durch ausländische Interventionen oder aus Vorstellungen deutscher Politiker oder Militärs entstehen. Eindeutige Verurteilung der Methode, von deutscher Seite an die Alliierten mit Vorschlägen für die Remilitarisierung Deutschlands heranzutreten.
2. Es gibt nur einen Fall, in dem die Sozialdemokratie zu einem militärischen Beitrag für eine notwendig werdende Verteidigung Ja sagen kann: die unlösbare Verbundenheit des Schicksals der westlichen Demokratien mit dem deutschen Schicksal. Sie ist durch die Entfaltung entsprechender Machtmittel der westlichen Demokratien in Deutschland überzeugend sichtbar zu machen. Hier liegt auch ein entscheidender Beitrag der Alliierten zur Kriegsverhütung.
3. Keine Machtverteilung in der Welt enthebt Deutschland der Aufgabe, zu erklären, dass ohne eine entscheidende deutsche Mitwirkung als gleichberechtigter Partner eines internationalen Vertrages eine Aufrüstung Deutschlands nicht stattfinden kann.
4. Als mutiger, offener Beitrag zur Kriegsverhütung ist auch eine Haltung notwendig, die sich sehr scharf gegen jede kommunistische und prorussische Verlockung wendet und sich eindeutig zur Demokratie bekennt.
5. Es müssen hinsichtlich der Zahl, der Organisation und der Bewaffnung der Polizei feste Garantien geschaffen werden, dass es sich bei einer verstärkten Polizei nur um eine Formation mit innerpolitischer Zielsetzung und keinesfalls um eine Organisation handeln darf, die in ihrem Kern den Ausgangspunkt für eine "schwarze" Remilitarisierung darstellen könnte.

Parteivorstand und Parteiausschuss nahmen weiter einen Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden Erich Ollenhauer über die Tagung der beratenden Versammlung des Europarates in Strassburg entgegen. Dieser Bericht stellt abschliessend fest:

Der Gesamteindruck von dem Verlauf der Verhandlungen hat unsere Bedenken über die Möglichkeiten dieser Körperschaft bestätigt. Ohne gründliche Reform des Statutes bleibt die beratende Versammlung eine Versammlung von Propagandisten einer grossen Idee. Sie ist in Gefahr, weiter an Bedeutung zu verlieren, je mehr konkrete Entscheidungen ausserhalb des Europarates getroffen werden. Positiv bleibt der Versuch, durch überstimmende Beschlüsse in den nationalen Parlamenten

doch zur Verwirklichung von bestimmten Zielen der Versammlung zu kommen. Es muss allerdings dabei vermieden werden, dass durch das Entstehen von Teilföderationen ein neuer Gegensatz in Europa zwischen den Föderalisten und den anderen geschaffen wird.

In der Sonnabendsitzung des Vorstandes wurde auch die Frage der besonderen Situation der sudetendeutschen Sozialdemokratie besprochen. Es ergab sich auch hier Übereinstimmung darin, dass bindende aussenpolitische Stellungnahmen nur von den leitenden Körperschaften der SPD beschlossen werden können.

Über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion seit dem Wiederezusammentritt des Bundesparlaments berichtete in kurzen Zügen Wilhelm Mellies.

Alfred Nau vom Büro des geschäftsführenden Vorstandes berichtete über Verhandlungen, die er in der Angelegenheit der Übersiedlung des Parteivorstandes nach Bonn geführt hat.

Fritz Heine gab dem Parteiausschuss einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen für die grosse Werbeaktion der Partei im Herbst dieses Jahres."

Gesamtdeutsche Aktion gefordert

sp. Stuttgart, 17.9.1950

Partei Vorstand und Parteiausschuss der SPD fassten auf der Tagung am 16./17. September in Stuttgart folgende Entschliessung zu der Entwicklung in der Sowjetzone:

"In der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands findet am 15. Oktober eine sogenannte Wahl statt. Die Bevölkerung Mitteldeutschlands soll unter Verfassungsbruch und Misachtung aller demokratischen Grundrechte gezwungen werden, für das kommunistische Terrorregime zu stimmen. Das Wahlergebnis mit 70 Prozent SED-Mehrheit und den restlichen 30 Prozent zuverlässiger kommunistischer Mitläufer steht jetzt bereits fest. Diese unter Gewalt und Verfälschung des echten Volkswillens zustande gekommenen Scheinwahlen müssen schon heute für ungültig erklärt werden. Sie können niemals eine echte Legitimation für Parlament und Regierung abgeben.

Das Regime der Sowjetzone wird nach den Wahlen vom 15. Oktober versuchen, einen gesamtdeutschen Anspruch abzuleiten. Schon jetzt wird mit Parolen von "Nationalem Notstand" und "Nationalem Widerstand" zur Sabotage und Zersetzung in der Bundesrepublik aufgerufen. Die Sozialdemokratische Partei fordert anstelle der betrügerischen Terrorwahlen die Abhaltung freier, geheimer, gleicher und direkter gesamtdeutscher Wahlen. Die SPD wird jede Initiative der Bundesregierung unterstützen, die zur Herbeiführung einer deutschen Einheit in Freiheit und der Abwehr aller kommunistischen Zersetzungsversuche in der Bundesrepublik dienlich ist.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften den Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zu führen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine gesamtdeutsche Aktion einzuleiten, um der bedrängten Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone Hilfe und Unterstützung zu gewähren".

Fortschritte in der österreichischen Flüchtlingsfrage

W. Wien, im September

In Wien konstituierte sich in den letzten Tagen unter dem Vorsitz des Innenministers der sogenannte "Flüchtlingsbeirat", der nach dem Proporz-System von je vier Vertretern der ÖVP und der SPÖ besetzt wurde. Die Heimatlosen werden vertreten durch eingebürgerte Parteimänner, die - mit Ausnahme des einzigen Flüchtlingsabgeordneten im Wiener Parlament, des Sudetendeutschen Erwin Machunze - der Masse der Vertriebenen kaum bekannt sind. Die überwiegende Mehrheit der Volksdeutschen würde eine Vertretung aus ihrer Mitte bevorzugen, und zwar eine nicht parteigebundene. Und das ist begreiflich: als "Ausländer" besitzen die Volksdeutschen weder das passive noch das aktive Wahlrecht. Sie sind daher nicht in der Lage, ihren Willen auf der politischen Ebene Ausdruck zu verleihen und das hat sie davon abgehalten, die Durchsetzung ihrer Forderungen den bestehenden Parteien anzuvertrauen. Eine eigene Flüchtlingspartei wäre aus dem gleichen Grund ein Widerspruch in sich, solange jede politische Betätigung den Besitz der Staatsbürgerschaft voraussetzt. Der neugebildete Flüchtlingsbeirat besteht nun aus neugebackenen Österreichern, die sich den beiden Regierungsparteien angeschlossen hatten.

Bei der Gründung des "Flüchtlingsbeirats" ist die Zentralberatungsstelle der Flüchtlinge, das ist die amtlich anerkannte Dachorganisation aller Landsmannschaften, übergegangen worden. Die Männer dieser Organisation verhalten sich daher gegenüber der gefundenen Lösung reserviert, da sie sich als die legitimierten Sprecher der Flüchtlinge betrachten. Dennoch werden sie sich den Maßnahmen der Regierung beugen müssen. Immerhin wird von volksdeutscher Seite zugegeben, dass das schon in der ersten Sitzung in Wien vorgelegte Programm zur Lösung des Vertriebenenproblems sich mit ihren Forderungen im wesentlichen deckt. Dass es gerade der Staatssekretär Graf (ÖVP) war, der dabei auf die grundverschiedene Lage der Volksdeutschen in Österreich und in Deutschland hinwies, erregte in volksdeutschen Kreisen Kopfschütteln. Er erklärte nämlich, dass das, was Deutschland in dieser Frage tue, eine auferlegte Verpflichtung sei; was aber Österreich in der gleichen Frage getan habe, und noch tun werde, sei eine freiwillig übernommene Leistung für in Not geratene Mitmenschen... Die Betonung der Freiwilligkeit fällt schon seit Jahr und Tag auf, jedoch die Leistungen des Staates fehlen, sagt man im Lager der Flüchtlinge.

Was man über den Verlauf der Sitzung selbst erfährt, klingt optimistisch. Ein Zehn-Punkte-Programm, das auch von den Ministern einstimmig

angenommen wurde, zeugt von der realen Betrachtungsweise des Flüchtlingsbeirats. An die Spitze ihrer Forderungen stellten die Flüchtlingsvertreter die arbeitsrechtliche Gleichstellung der Volksdeutschen mit den Österreichern. In der Frage der Pensionen und Renten sollen zwischenstaatliche Verhandlungen beginnen, mit Deutschland hofft man ebenfalls ins Gespräch kommen zu können. Ein wichtiger Verhandlungspunkt wird die Versorgung der Alten, Arbeitsunfähigen und Kranken sein. Weitere Punkte sind die Wohnungs- und Siedlungsfrage, die Familienzusammenführung, die Ausbildung der Jugendlichen, die Anerkennung der Befähigungsnachweise (akad. Grade, Meisterbriefe usw.) der Volksdeutschen, die Förderung des Bodenerwerbes und die Einbürgerungen. Ferner wurde die Österreichische Regierung gebeten, mit der Marshallplanverwaltung zu verhandeln, um finanzielle Mittel für die Lösung des Vertriebenenproblems in Österreich zu erhalten.

Damit ist eine neue Entwicklung angebahnt, die, konsequent durchgeführt, bald zu greifbaren Ergebnissen führen kann. Man hat wohl endlich erkannt, dass das Elend unter den Flüchtlingen in Österreich der beste Nährboden für extremistische Ideen ist.

"...wie Schnee vor der Sonne"

"Man ist in der Bundesrepublik", so schreibt der DUD, der dem Bundeskanzler unterstehende amtliche Pressedienst der CDU, "in den Reihen der parlamentarischen Opposition, der Gewerkschaften und auch anderer Verbände nur zu gerne geneigt sein, mit der Hauptschuld an den Preissteigerungen die - Bundesregierung zu belasten". Diese Version weist der DUD mit einer Gegenfrage zurück: "Wer trägt dann z.B. in Frankreich und England an den gleichen Erscheinungen die Schuld? Dort gibt es bekanntlich weder eine Regierung Adenauer noch eine Wirtschaftspolitik Prof. Erhards noch eine "Bonner Koalition"!

Der DUD scheint wohl über die bösen Absichten der Opposition, nicht aber über die Stimmung in den eigenen Reihen unterrichtet zu sein. Auf einer gemeinsamen Konferenz der CDU Werries und Braam-Ostwennemar (Hessen) wurde eine von dem Vorsitzenden Josef Schäfer und Karl Hermann unterzeichnete Entschliessung gefasst, in der es u.a. heisst:

"Die Entwicklung der Preise und Lasten im Bundesgebiet geben wirklich Anlass zu ernststen Bedenken. Ohne das Prinzip des freien Marktes zu durchbrechen, müsste es der Regierung möglich sein, dem unverantwortlichen Treiben gewissenloser Elemente Einhalt zu gebieten. Soweit uns bekannt ist, ist das Preiswuchergesetz noch nicht aufgehoben. Warum werden

heute nicht einmal einige Exempel statuiert? In den Industriegemeinden ist es unter den obwaltenden Umständen nicht mehr möglich, Versammlungen abzuhalten, weil man nicht weiss, was man sagen und wie man die Zustände verteidigen soll. Es wird in absehbarer Zeit soweit sein, dass die Mitglieder unserer Partei wie Schnee vor der Sonne schrumpfen wird. Selbst ernstdenkende und für die Ziele der Union begeisterte Mitglieder stehen kopfschüttelnd dieser Tatenlosigkeit gegenüber".

- - - - -

Frankreich und Franco-Spanien

A.F! Die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien haben sich in letzter Zeit zweifellos enger gestaltet. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die starke Entwicklung des gegenseitigen Fremdenverkehrs. Man könnte darauf eine möglichst baldige Änderung der französischen Haltung gegenüber dem Franco-Regime schliessen. Bekanntlich ist der von den Vereinten Nationen gegen Franco ausgesprochene Bann (Rückziehung der Botschafter aus Madrid) einer französischen Initiative zu verdanken.

Nach glaubwürdigen Erklärungen des französischen Aussenministeriums besteht jedoch zunächst in Paris nicht die Absicht, Franco die Tür in die westliche Gemeinschaft zu öffnen. Man erkennt zwar die Notwendigkeit der Einbeziehung Spaniens in das westliche Verteidigungssystem an, möchte aber diesen Schritt noch möglichst hinauszögern und sich, wenn irgend durchführbar, auf die rein militärische Ebene beschränken. Es ist jedoch auf keinen Fall mit einer baldigen Aufnahme Spaniens in die Europäische Wirtschaftsorganisation in Paris (OEEC) zu rechnen.

Auch die jüngsten Polizeimassnahmen gegen spanische Emigranten in Südfrankreich dürfen in keiner Weise als Annäherungsversuch an Franco gedeutet werden. Es handelt sich um eine rein innerfranzösische Angelegenheit, die mit dem Kampf gegen die kommunistische Spionageorganisation in Zusammenhang steht. Bezeichnenderweise blieben alle ehemaligen kommunistischen Spanier, die sich von Moskau losgesagt haben und hauptsächlich mit Tito sympatieren, völlig unbehelligt.